

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.	13
Kapitel 1	
Einleitung	17
§1 Grundlegung	19
§2 Der Trend zu einer Kriegsführung ohne den Menschen . . .	19
A. Historische Entwicklung	20
B. Militärisches Interesse	21
§3 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Begriffsbestimmung	23
A. Grunddefinition: Unbemannte Systeme	23
B. Kategorisierung von unbemannten Systemen	24
I. Qualifizierung nach Art des eingesetzten Mediums . . .	24
1. Unbemannte Luftsysteme (UAS).	24
2. Unbemannte Bodensysteme (UGS)	25
3. Unbemannte Überwassersysteme (USS)	26
4. Unbemannte Unterwassersysteme (UUS)	26
II. Qualifizierung nach Grad der Autonomie	26
1. Ferngelenkte Systeme	27
2. Automatische Systeme	28
a. Teilautomatische Systeme	28
b. Vollautomatische Systeme	29
3. Autonome Systeme	29
a. Teilautonome Systeme	31
b. Vollautonome Systeme	31
4. Abgrenzung Autonomie – Automatik: Einordnung bereits existierender Systeme	32
III. Qualifizierung nach Art der Ausrüstung:	
Bewaffnete Systeme	34
IV. Sonstige Arten der Qualifizierung	34
1. Qualifizierung nach der Größenklasse	34
2. Qualifizierung nach Art der Aufgabenstellung	35
3. Qualifizierung nach Eingriffsmöglichkeiten durch den Menschen.	36

C. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes: Bewaffnete, autonome unbemannte Systeme	36
§4 Problematik	37
A. Technische Bedenken	37
B. Ethische Bedenken	39
C. Völkerrechtliche Bedenken?	41
 Kapitel 2	
Die Vereinbarkeit autonomer Waffensysteme mit den Vorschriften des internationalen bewaffneten Konflikts	43
§1 Untersuchungsmaßstab	43
A. Anwendungsbereich des Rechts des internationalen bewaffneten Konflikts	43
B. Rechtsquellen	45
C. Begriffsbestimmung	46
I. Autonome Waffensysteme als „virtuelle“ Kombattanten?	47
II. Autonome Waffensysteme als Waffen oder Mittel der Kriegführung	50
§2 Grundlegender Verstoß gegen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts?	52
A. Unvereinbarkeit mit den Gesetzen der Menschlichkeit und den Forderungen des öffentlichen Gewissens?	52
I. Keine rechtliche Bindungswirkung der Gesetze der Menschlichkeit und der Forderungen des öffentlichen Gewissens	53
II. Handlungsanweisung de lege ferenda	57
B. Verstoß gegen Ziel und Zweck der Genfer Konventionen?	58
C. Ergebnis	59
§3 Vereinbarkeit mit dem Unterscheidungs- und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	59
A. Das Verbot unterschiedsloser Angriffe	60
I. Unterscheidung militärisches Ziel – nicht militärisches Ziel	61
1. Das militärische Ziel – ein zweistufiger Test	61

a. Die erste Stufe – Objekt trägt wirksam zu militärischen Handlungen bei	62
b. Die zweite Stufe – Militärischer Vorteil durch Zerstörung.	66
2. Im Zweifel ziviles Objekt.	68
II. Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten	69
1. Die Definition von Zivilisten	69
2. Die Definition von Kombattanten	70
3. Zivilisten, welche unmittelbar an Kampfhandlungen teilnehmen	73
4. Zweifelsregelung	74
III. Standard der Unterscheidung und grundsätzliche Bedenken	74
B. Verbot unverhältnismäßiger Angriff	76
I. Ermittlung und Bewertung des militärischen Vorteils und der erwarteten zivilen Verluste	77
II. Bewertung des Verhältnisses	78
1. Keine Objektivierbarkeit der Verhältnismäßigkeitsprüfung	78
2. Konsequenzen für eine Programmierung.	80
III. Kein verschärfter Verhältnismäßigkeitsstandard	82
C. Ergebnis: Hohe Anforderungen an die Technik	82
§4 Kein Verstoß gegen Verbotsnormen des humanitären Völkerrechts.	83
A. Verbot des Angriffs auf geschützte Personen und Objekte	83
I. Geographisch fest verortete Ziele	83
1. Verbot des Angriffs auf Kulturgüter und kulturelle Stätten.	84
2. Verbot des Angriffs auf gefährliche Stätten	87
3. Verbot des Angriffs auf unverteidigte Orte und entmilitarisierte Zonen	90
4. Zwischenergebnis: Grundsätzliche Unbedenklichkeit	91
II. Mobile Ziele	91
1. Verbot des Angriffs auf Personen <i>hors de combat</i>	92
2. Verbot des Angriffs auf Sanitätseinheiten, Sanitätsfahrzeuge und Sanitätspersonal	94
3. Verbot des Angriffs auf sich rettende Insassen von Luftfahrzeugen	96
4. Zwischenergebnis: Hohe Problematik	97

B. Verbot des Einsatzes bestimmter Kampfmittel und Kampfmethoden	97
I. Verstoß gegen das Verbot, kein Pardon zu erteilen.	97
II. Kein Verstoß gegen das Verbot, unterscheidungslose Waffen einzusetzen.	98
III. Sonstige Verbote	99
IV. Zwischenergebnis: Keine besonderen Probleme.	100
§5 Keine grundsätzliche Verletzung der Pflicht, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen	101
A. Inhalt und Adressat des Gebots	102
I. In das autonome System zu programmierende Vorsichtsmaßnahmen.	104
1. Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf die Zielauswahl	104
2. Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf die Ausführung des Angriffs.	105
3. Warnpflichten.	107
II. Sorgfaltspflichten der beteiligten Soldaten.	108
1. Vorsichtsmaßnahmenpflichten vor dem Einsatz autonomer Systeme.	108
2. Überwachungspflichten während des Einsatzes	109
3. Warnpflichten.	110
B. Standard der Vorsichtsmaßnahmenpflichten	111
§6 Autonome Waffensysteme unter dem „Neue Waffen“-Regime von Art. 36 ZP I	113
A. Anwendbarkeit von Art. 36 ZP I auf autonome Waffensysteme	113
B. Umfang der Prüfpflicht.	114
C. Bereits erfolgte Überprüfungen	116
§7 Besonderheiten des Einsatzes im Luft- und Seekrieg	116
A. Einsatz autonomer UAS	116
B. Einsatz autonomer UUS und USS	117
§8 Zwischenergebnis.	119

Kapitel 3

Verantwortlichkeiten bei Fehlfunktionen	121
§1 Mögliche Fehlerszenarien	121
§2 Die Fehlfunktion als völkerrechtliches Delikt – Unproblematische Haftung des Entsendestaates nach den Grundsätzen der Staatenhaftung.	122
§3 Die Fehlfunktion im Rahmen des Völkerstrafrechts – Notwendigkeit einer Anpassung der vorhandenen Vorschriften.	123
A. Grundproblematik	124
B. Völkerstrafrechtlicher Bewertungsrahmen.	125
I. Zurechnungssubjekt	125
1. Keine Strafbarkeit des autonomen Waffensystems. . .	125
2. Keine Strafbarkeit des Programmierers	127
3. Anknüpfungspunkt: Das beteiligte militärische Personal.	128
II. Mögliche Anknüpfungspunkte: Handlung	128
1. Der generelle Einsatzbefehl	128
2. Der konkretisierte Einsatzbefehl	129
3. Die Aktivierung.	129
4. Das fehlerhafte Überwachen	129
III. Strafrechtlicher Erfolg	130
C. Lückenhafte Strafbarkeit aus eigener Handlung	130
I. Schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen . . .	130
1. Vorsätzliche Tötung, Art. 8(2)(a)(i) IStGH-Statut . .	131
2. Zerstörung und Aneignung von Eigentum in großem Ausmaß, Art. 8(2)(a)(iv) IStGH-Statut	132
II. Vorsätzliche Angriffe auf geschützte Personen oder Gegenstände	134
III. Das Führen unverhältnismäßiger Angriffe	137
1. Art. 8(2)(b)(iv) IStGH-Statut.	137
2. Art. 8 (2)(b)(xiii) IStGH-Statut.	140
IV. Sonstige Tatbestände	140
D. Strafbarkeit nach den Grundsätzen der Vorgesetztenverantwortlichkeit	141
I. Zur Rechtsfigur der Vorgesetztenverantwortlichkeit. . .	142
II. Fehlende Gleichsetzbarkeit mit dem Verbrechen eines Untergebenen.	144

III. Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen	145
1. Militärischer oder ziviler Befehlshaberstatus.	146
2. Pflichtverletzung	146
a. Verletzung präventiver Pflichten	147
b. Verletzung repressiver Pflichten	148
c. Verletzung von Meldepflichten	149
3. Tatsächliche Befehls- beziehungsweise Führungsgewalt und Kontrolle	149
4. Kausalitätserfordernis	150
5. Innere Tatseite	151
IV. Zwischenergebnis: Anpassung der Verträge erforderlich	152
E. Mögliches Forum einer völkerstrafrechtlichen Verfolgung	153
F. Fazit – Identifizierung der Strafbarkeitslücken im Völkerstrafrecht.	154
I. Vorhandene Strafbarkeitslücke	154
II. Gefahrenpotential: Gefährdung des Strafzwecks des Völkerstrafrechts	155
III. Handlungsgebot: Anpassung der Vorschriften zur Vorgesetztenverantwortlichkeit.	156
IV. Gesamtergebnis.	156
Dokumentenverzeichnis	159
I. Gesetze	159
II. Völkerrechtliche Verträge	159
III. Sonstige völkerrechtliche Dokumente	161
Entscheidungsverzeichnis.	163
I. Internationaler Gerichtshof (IGH)	163
II. Internationaler Strafgerichtshof (IStGH).	163
III. Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (JStGH).	163
IV. Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (RStGH)	164
V. Sondergerichtshof für Sierra Leone (SGSL).	164
Literaturverzeichnis	165